

1933



März: Ausschaltung des Parlaments (oben: am 15. März verwehrt die Polizei oppositionellen Abgeordneten den Zutritt). Versammlungsverbot.



März: Vorzensur fürs sozialdemokratische Zeitungen (oben: Schriftsetzer-Streik gegen die Zensur). Verbot des Republikanischen Schutzbunds.



Mai: Der Verfassungsgerichtshof wird lahmgelegt (oben: die Mitglieder des Gerichtshofs bis 1930, 2. v. l. Hans Kelsen). Verbot der KPÖ.



Juni: Verbot der NSDAP nach Bombenanschlägen.
November: Das Standrecht für ganz Österreich wird verkündet. Das bedeutet die Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord, Brandstiftung und boshafte Sachbeschädigung (oben: Kundmachung durch die Bundesregierung).
Dezember: Die Selbstverwaltung von Arbeiterkammern und Sozialversicherungen wird abgeschafft, an Stelle der demokratisch gewählten Organe setzt die Regierung Verwaltungskommissionen ein (links: Tagung der gewählten Vollversammlung der Arbeiterkammer im Wiener Rathaus 1931).

Die Regierung sieht in der parlamentarischen Demokratie einen Bremsklotz. Justizminister Kurt Schuschnigg 1932: DIE REGIERUNG STEHT VOR DER ENTSCHEIDUNG, ... OB DER NÄCHSTE KABINETTSWECHSEL NICHT GLEICHBEDEUTEND MIT DER AUSSCHALTUNG DES PARLAMENTS SEIN MÜSSTE. Die Geschäftsordnungskrise des Nationalrats am 4. März ermöglicht es, den Plan umzusetzen. Bundeskanzler Dollfuß spricht von der „Selbstausschaltung des Parlaments“ und am 5. März beschließen die Verantwortlichen der christlichsozialen Kanzlerpartei, mit Notverordnungen auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes autoritär zu regieren. Der Bundesrat, in dem die Opposition die Mehrheit hat, versucht vergeblich, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Der Staatsstreich auf Raten beginnt und Bundespräsident Miklas duldet den Verfassungsbruch. Die Regierung nähert sich immer mehr der Heimwehrposition an: WIR KÖNNEN DEN NATIONALSOZIALISMUS IN ÖSTERREICH SCHLAGEN, INDEM WIR IHN „ÜBERHITLERN“. Adolf Hitler ist seit Jänner Reichskanzler, die NSDAP hat in Deutschland die Macht übernommen. In Österreich wird im Mai die „Vaterländische Front“ gegründet, die die Parteien ersetzen soll.